

einige Zeit nach Gegenden, wo sie hart arbeiten müssen“⁹. Der westfälische Oberpräsident Konrad von Studt¹⁰ trug sich ebenso wie der Bergmeister Ernst Matthiass¹¹ mit dem Gedanken, im Falle eines Streiks Soldaten als Bergarbeiter einzusetzen. Die „Preußischen Jahrbücher“ stellten fest: „Der Streik ist heute die eigentliche Waffe der Sozialdemokratie. Durch den Streik wird in den Massen das Bewußtsein des Gegensatzes gegen die Besitzenden und der proletarische Korpsgeist erzeugt, der die Revolutionen macht“. Das deutsch-konservative Organ schlug darum vor, einerseits Arbeiterausschüsse und Einigungsämter einzurichten, andererseits jede Arbeitseinstellung und jede gewerkschaftliche Organisation nach dem Vorbild des Puttkamer'schen Streikerlasses unter Strafe zu stellen¹².

In der Sitzung des preußischen Staatsministeriums am 12. Mai 1889 hatten sowohl Wilhelm II. als auch Bismarck „eine Verstaatlichung der Gewinnung der Kohlen“ als „anzustrebendes Ziel“ bezeichnet¹³. In der Diskussion nach dem Mai-Streik kam man vielfach auf diese Möglichkeit zurück: Wenn auch die Zeiten alter Knappenherrlichkeit vorüber wären, weil „die Liebe zur Sache entschwunden“ sei¹⁴, so meinte Hermann von Festenberg-Packisch doch, die entstandene Kluft durch eine Verstaatlichung der Gruben schließen zu können¹⁵. Aus sozialen, volkswirtschaftlichen oder militärischen Gründen griffen auch Georg Gothein¹⁶ und Karl August Hückinghaus¹⁷ diesen Vorschlag auf, der vom „Verein für bergbauliche Interessen“ sofort heftig attackiert wurde¹⁸.

Ausgehend von der Kaiser-Audienz für die drei Ruhrdelegierten stellte das Zentrum den Gedanken der sozialen Verständigung in den Mittelpunkt seiner Bewältigung des Mai-Streiks. Dasbach forderte, „daß die höheren Bergbeamten mehr Fühlung nach unten suchen“¹⁹ und bezeichnete, ebenso wie Stötzel und Hitze, die Schaffung obligatorischer Arbeiterausschüsse als „das beste Mittel, um aus all dem Wirrsal herauszukommen“²⁰. „Der Trotz, der falsche Stolz, welcher mit den Arbeitern nicht verhandeln will, der muß im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt und des Nationalvermögens be-

9 Wohin steuern wir?, S. 78.

10 Kirchhoff, S. 115.

11 Ernst Matthiass: Der nächste allgemeine Streik der deutschen Bergarbeiter und seine rationelle Bekämpfung, Ratibor 1890, S. 56.

12 Preußische Jahrbücher 64 (1889), S. 118 f. Vgl. Erlaß IM Puttkamer vom 11. 4. 1886, Abschrift LHAK 442/6385, 311–316. Abgedruckt in Fricke: Bismarcks Pratorianer, S. 338–340, sowie Blanke/Erd/Mückenberger/Stascheit, S. 73–75. Vgl. Eckart Kehr: Das soziale System der Reaktion in Preußen unter dem Ministerium Puttkamer, in: ders.: Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, hg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt – Berlin – Wien 1976, S. 64–86.

13 Protokoll der Staatsministerialsitzung vom 12. 5. 1889, abgedruckt bei Grebe, S. 90–92, Zitat S. 92. 1891 scheiterte dieser Plan wegen zu hohen Kosten am Einspruch des preußischen Finanzministers.

14 Festenberg-Packisch: Entwicklung und Lage des deutschen Bergbaus, S. 64.

15 Ebd., S. 91 ff.

16 Georg Gothein: Sollen wir unseren Bergbau verstaatlichen? Mit einem Anhang: Wie verbessern wir unsere Arbeiterverhältnisse?, Breslau 1890.

17 Karl August Hückinghaus: Die Verstaatlichung der Steinkohlenbergwerke (= Staatswissenschaftliche Studien, Bd. IV, 5), Jena 1892. Vgl. Wilhelm Sonntag: Die Verstaatlichung der Steinkohlenbergwerke als politische Forderung und die deutschen politischen Parteien in der Vorkriegszeit, Diss. Halle 1924.

18 Glückauf/Essen vom 31. 5. (Nr. 44) und 4. 6. 1890 (Nr. 45).

19 SJVZ vom 4. 6. 1889 (Nr. 127).

20 Stötzel am 4. 12. 1889, RT-Protokolle, 7. LP, 5. Sess. 1889/90, Bd. 2, S. 663. Hitze am 15. 3. 1890, LT-Protokolle, 17. LP, 2. Sess. 1889/90, Bd. 2, S. 738–745.